

Palästinensische Gemeinde Koblenz und Umgebung e. V.
Postfach 160 121
56043 Koblenz



24.07.2022

Offener Brief
und Erklärung zum Antisemitismus-Vorwurf gegen die documenta 15

An die
Künstler*innenkollektive Ruangrupa
und Taring Padi,

Kopien an diverse documenta-Beteiligte

An Taring Padi und Ruangrupa

Sehr geehrte Mitglieder*innen der Gruppe Taring Padi,
sehr geehrte Mitglieder*innen des Künstler*innenkollektivs Ruangrupa,

Sie haben sich gefragt: "Was haben wir falsch gemacht?"

Die Antwort steht am Anfang: **Nichts**, außer dass Sie nicht beachtet haben, dass deutsche Politiker*innen an weltweit geltendem Recht nicht interessiert sind. Ebenso ist es ein Irrtum, dass deutsche Politiker*innen an den Stimmen des globalen Südens interessiert sind. Sie sind es nicht!

Wer die Kolonialzeit, die Befreiung von diesem Joch und 30 Jahre Suharto-Diktatur mit mehr als 1 Mio. Toten und das jahrelange Schweigen über diese Verbrechen hinter sich hat, muss die Welt nicht mit den Augen deutscher Eingeborener sehen. Ein Land mit dem Leiden der Kolonialzeit hat ein Recht auf eine eigene, indonesische Erinnerungskultur.

Sie haben keine Pflicht zur Wiedergutmachung gegenüber unseren mitteleuropäischen, jüdischen Mitbürgern*innen. Wer diese Schuld auf sich geladen hat, der soll sie selber bezahlen; weder Sie als indonesische Menschen noch die Palästinenser*innen haben in dieser Sache eine Schuld zu begleichen. Sie haben auch keine Pflichten gegenüber dem Staat Israel. Sie dürfen den Mossad, den israelischen Geheimdienst, karikieren. Er ist keine Heilsarmee und kein Kulturverein. Er ist bekannt für extra-legale Hinrichtungen. Sie dürfen auch Juden und Jüdinnen kritisieren. Niemand ist unantastbar, wenn man sich wegen begangener Verbrechen verantworten muss. Wenn jüdisch-zionistische Siedler*innen palästinensisches Land stehlen und von der israelischen Armee bei ihrem Raub geschützt werden, dann ist es ein Faktum. Fakten sind per se nie antisemitisch sondern Realität.

Und wie Siedler*innen und die sie beschützende Armee sich gebärden, konnte die Welt am israelischen Flaggen-Tag 2021 ("Tötet die Araber", „Deine Religion ist Abfall“, ...¹) in Jerusalem deutlich sehen.

Es ist die Arroganz der Macht, mit der die israelische Armee die Journalistin Shireen Abu Akleh ermordet, danach bewaffnete Einheiten die Trauergesellschaft im Haus der Angehörigen stören und bewaffnete israelische Militär-Einheiten das Krankenhaus stürmen, in der die Leiche der Ermordeten für die Beerdigung hergerichtet wird. Und als die Trauergesellschaft das Krankenhaus mit dem Sarg verlassen will, werden Angehörige einschließlich der Sargträger mit Schlagstöcken niedergeknüppelt.² Der Sarg stürzt dabei fast zu Boden. Es ist die gleiche Arroganz der Macht, die Indonesien unter der Suharto-Diktatur kennengelernt hat. Es ist die gleiche Gewissheit, dass ihr Staat sie vor Strafe für ihre Verbrechen schützen wird. Und die Täter*innen schämen sich auch nicht, obwohl sie wissen, dass die ganze Welt zusehen kann.

Und wenn Sie Militär- und Wirtschaftsmacht mit Schweinsgesichtern, Hunden und Ratten karikieren, dann müssen Sie die deutsche Bedeutung der anti-judaischen Bildsprache am Kölner Dom oder der Wittenberger Stadtkirche **nicht** kennen.

Dass diese Symbole in Deutschland eine andere Bedeutung haben, müssen Sie **nicht** wissen. In Deutschland hat man die Chance vertan, zu erkennen, dass die grausam kolonisierte Welt, der Indonesien zuzurechnen ist, anders sieht. Im Gegenteil, es ist Zeichen des erhalten gebliebenen kolonialen Bewusstseins, von den kolonisierten Ländern die gleiche Weltsicht zu verlangen.

Die Kunstaussstellung sollte uns ermöglichen, dass wir über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die an vielen Orten der Welt, auch außerhalb Europas begangen werden, sprechen. Sie sollte uns ermöglichen, die Arroganz der Macht, des Militärs und der Straffimmunität westlicher oder westlich unterstützter Staaten anzuprangern. Sie sollte uns an unsere Humanität und an die Solidarität mit den Opfern des Antisemitismus und Rassismus erinnern. Sie sollte unsere Vergangenheit und Gegenwart miteinander ins Gespräch bringen.

Wir halten daher die Entscheidung der documenta-Leitung, von Dr. Sabine Schormann und ihrem Team sowie des Aufsichtsrates, das Werk People's Justice von Taring Padi vom Friedrichsplatz zu entfernen, für einen Fehler der documenta 15, für eine Schande Deutschlands. Und der Rücktritt von Dr. Sabine Schormann macht den Zensur-Skandal nur noch problematischer.

So weit unsere Botschaft an Ruangrupa und Taring Padi.

Frank-Walter Steinmeier und die BDS-Erklärung

Die Freiheit der Kunst hat eine bittere Niederlage erlitten: auf der documenta 15 war ein angeblich antisemitisches Kunstwerk des indonesischen Kollektivs Taring Padi nach wenigen Tagen entfernt worden. Zuvor hatte es monatelang Antisemitismus-Vorwürfe gegen das kuratierende Kollektiv Ruangrupa aus Indonesien gegeben. Nun sollen alle weiteren Werke mit Hilfe fragwürdiger Expertinnen und Experten auf mögliche antisemitische Inhalte geprüft werden. Medial kaum beachtet und von Politiker*innen nicht bekämpft wurden die Morddrohungen (Code 187) gegen palästinensische Künstler*innen der Ausstellung.

1 <https://twitter.com/i/status/1405199195028561922>

2 <https://www.sueddeutsche.de/medien/shireen-abu-akleh-al-jazeera-westjordanland-1.5584254>
https://www.youtube.com/watch?v=WHqytR_y0I8

Dafür aber erhob Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident den Vorwurf des Antisemitismus gegen das Künstler*innenkollektiv Ruangrupa wegen Unterstützung der BDS-Erklärung: die Forderung nach wirtschaftlichem und kulturellem Boykott, Desinvestment und Sanktionen sei antisemitisch.

In der BDS-Erklärung fordern 176 zivilgesellschaftliche, palästinensische Organisationen die Welt auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die militärische Besatzung und deren grausame Anwendung gegen die palästinensische Bevölkerung zu beenden.

Gerade jetzt und hochaktuell müssen in Masafer Yatta, südlich von Hebron im Westjordanland ca. 1000 Bewohner*innen aus 8 Dörfern, davon viele Kinder, einem israelischen Panzerübungsplatz weichen und werden obdachlos. Sie verlieren ihre gesamte Existenz. Ein Teil der Häuser wurde bereits zerstört. Seit 55 Jahren gilt für sie israelisches Militärrecht. Die massive Vertreibung der palästinensischen Urbevölkerung seit 1947 – sie begann schon weit früher – gelten als schwere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Internationale Organisationen wie Human Rights Watch³, Amnesty International⁴, der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC), ... attestieren Israel, ein Apartheid-System errichtet zu haben. Apartheid ist ein von der UNO und vom Internationalen Strafgerichtshof definierter Begriff und gilt als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Anti-Apartheid-Deklaration unterzeichnet.

Unter Berücksichtigung dieser grausamen Fakten erscheint der Vorwurf des Antisemitismus gegen Kritiker*innen der israelischen Politik und internationale Unterstützung der BDS-Erklärung nur zynisch.

Und dass die jüdische Welt vielfältig ist und deren Meinung über BDS auch anders aussehen kann zeigen zwei Briefe an den Deutschen Bundestag mit dem Verlangen, die BDS-Entscheidung des Deutschen Bundestages vom Mai 2019 abzulehnen. Der erste Brief am 4.6. 2019 ist von Dr. Sarah Roy⁵ – Nachkomme von Holocaust-Überlebenden, der zweite „Aufruf an die Bundesregierung von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftler*innen: setzen Sie BDS nicht mit ‚Antisemitismus‘ gleich.“ ist vom 3. 6.2019⁶.

Dass BDS-Unterstützung nicht antisemitisch ist, bestätigt auch das Bundesverwaltungsgericht im Februar 2022. Es stellt fest, dass Boykott-Aufrufe von der Meinungsfreiheit nach Art 5 des Grundgesetzes geschützt sind. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat diese Position richterlich so bestätigt.

Wir protestieren gegen den Versuch, diesen friedlichen und gewaltfreien Protest als Antisemitismus zu bezeichnen.

„Trotz alledem müssen wir stärker hinschauen, auch hinhören, bei den Fragen, die im globalen Süden die Menschen bewegen: Die lange Kolonialgeschichte mit Gewaltherrschaft und Ausbeutung und die zahllosen blinden Flecken ihrer Aufarbeitung. Die Erfahrung von Unterdrückung und Entrechtung. Der Umgang mit geraubtem Kulturgut.“ war in der Eröffnungsrede Steinmeiers zu hören.

3 <https://www.hrw.org/de/news/2021/07/26/die-realitaet-der-apartheid>

4 <https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/verbrechen-gegen-die-menschlichkeit>
<https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/5141/2022/en/>

5 https://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/Globalisierung_und_Krieg/Briefe/20190604_SaraRoy_Zur_Gleichsetzung_von_BDS_und_Antisemitismus.pdf

6 <https://www.infosperber.ch/wp-content/uploads/2019/06/Call-by-240-Jewish-and-Israeli-scholars-to-German-government-on-BDS-and-anti-Semitism.pdf>

Genau dort sind Steinmeiers blinde Flecken: schauen Sie hin, Herr Präsident – nach Palästina !

Eine Zensur findet (nicht) statt. - Artikel 5, Grundgesetz

Kulturstaatsministerin Claudia Roth fordert mehr Einfluss der Regierung auf die documenta und droht den Verantwortlichen mit dem Entzug von Fördergeldern. Am 26.6.2022 um 10:41 Uhr entfernte die Polizei auf dem Friedrichsplatz auf dem documenta-Gelände ein großes, rotes Banner: „Eine Zensur findet (nicht) statt. - Art. 5 GG“. Die Klammern stehen stellvertretend für des verdeckte Wort „nicht“.

Und für den Kampf gegen das, was Antisemitismus wirklich ausmacht, genügt es nicht, sich den Namen "Anne Frank" auf seine Fahne zu schreiben. Dazu gehört mehr, nämlich wissenschaftliche Kompetenz und politische Aufrichtigkeit wie das Eintreten für Grund- und Menschenrechte.

Viele, von denen, die sich in den vergangenen Tagen zu Wort gemeldet haben, hätten besser geschwiegen, einschließlich Herrn Steinmeier. Das internationale Recht, das von der Weltgemeinschaft durch die Vereinten Nationen vertreten wird, findet in Deutschland keine Unterstützung.

Mahmud Ziab, Vorsitzender des Vorstandes
Herbert Kasper, Pressesprecher

Verteiler:

1. Taring Padi
2. Ruangrupa
3. Direktorin der documenta 15 a. D., Frau Dr. Sabine Schormann
4. Direktor der documenta 15, Herr Alexander Farenholtz
5. Direktor Museum Fridericianum, Moritz Wessler
6. documenta-Aufsichtsratsvorsitzender, Christian Geselle, Oberbürgermeister von Kassel
7. Kulturstaatsministerin Claudia Roth
8. Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Angela Dorn
9. Antisemitismus-Beauftragter des Landes Hessen, Uwe Becker
10. Antisemitismus-Beauftragte des Landes NRW, Sabine Leutheuser-Schnarrenberger
11. Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Frank-Walter Steinmeier

Darüber hinaus verbreiten wir diesen Brief in den Palästinensischen Gemeinden in Deutschland und an zahlreiche politisch Interessierte.